

Polizeieinsatz wirft Fragen auf

Nach den Organisatoren der Anti-WEF-Proteste beklagt nun auch die Mediengewerkschaft Polizeiübergrieffe

Die Polizei gerät unter Druck: Die Mediengewerkschaft beklagt Polizeiübergrieffe. Ein Radioreporter wirft der Berner Polizeidirektorin unverblümt «bewusste Lügen» vor. Umgekehrt fand die Polizei Indizien für Strassenkampf-Absichten, so diverse Molotow-Cocktails.

Die Mediengewerkschaft Comedia prüft juristische Schritte – denn die Polizei sei bei den Anti-WEF-Aktionen «auch gegen Journalisten mit rechtsstaatlich unstatthaften Methoden vorgegangen». Dies bereits am Mittag im Bahnhof, als Bahnpolizisten durch Wegweisen von Fotografen verhinderten, dass Medien Zeugen im Polizeikessel wurden (vgl. Bild) – ein Vorgehen, das «jeglicher Rechtsgrundlage entbehrt und verfassungsmässig garantierte Rechte verletzt», wie Comedia-Zentralsekretärin Stephanie Vonarburg gestern protestierte.

WOZ-Journalist in Handschellen

Mehr noch: Zwei Medienleute seien trotz Vorweisens ihrer Journalistenausweise «über fünf Stunden festgehalten und schikanöser Behandlung unterzogen worden», so Vonarburg. Die Gewerkschaft prüfe rechtliche Mittel und fordere «sofortige Untersuchung». Einer der Betroffenen, Thomas Stahel, unterwegs für «Wochenzeitung» und Zürichs Lokalradio Lora, wurde nach eigenen Angaben auf dem Weg zur bewilligten Tanzparade gefilzt. Weil er ein wenige Zentimeter langes Stück Stacheldraht hatte (Aktivisten verteilten solcherlei als «satirischen Protest»), wurde er «in Handschellen gelegt» und abgeführt. «Obwohl ich wiederholt erklärte, dass ich als Journalist arbeite, wurde ich nicht freigelassen.»

Rabe-Reporter festgehalten

Der zweite Betroffene ist Patrick B., der sich gestern an einer Pressekonferenz des Anti-WEF-Bündnisses als Mitarbeiter von Berns Alternativradio Rabe vorstellte, jedoch nicht mit vollem Namen hinstehen wollte – «zum Schutz», wie er sagte. Er sei mit Aktivistinnen einer Poesielesung (siehe «Bund» vom Montag) abgeführt und stundenlang im Polizeistützpunkt Neufeld festgehalten worden – mit Handschellen gefesselt in einem Käfig, nackt ausziehen müssen habe er sich auch noch. «Ich erlebte es als bewusste und gezielte Demütigung», so der Radiomann – und als ein Polizist auf den Journalistenausweis hingewiesen worden sei, habe dieser bloss gemeint, dass die Pressekarte «einen Scheissdreck interessiert».

Lügen-Vorwurf lässt Hayoz kühl

Der Rabe-Reporter geht so weit, Polizeidirektorin Barbara Hayoz (fdp) offen der Lüge zu beschuldigen. Indem sie erklärt habe, es seien nur Leute mit Gewaltpotenzial abgeführt worden, habe sie «bewusst Lügen verbreitet». Auch WOZ-Mann Stahel sprach von «total willkürlichen Verhaftungen».

Hayoz war auf Anfrage nicht bereit, sich auf polemische Anwürfe wie den Lügen-Vorwurf überhaupt einzulassen: «Was ich gesagt habe, stimmt», sagte sie – und verwies auf die Stellungnahme der Polizei.

Polizei: Anhaltung gerechtfertigt

Das Polizeikommando weist die «Verdächtigungen, Vorwürfe und Halbwahrheiten» in einer «Richtigstellung» zurück. Zum Fall WOZ heisst es, dass Stacheldraht mit immerhin sieben Millimeter langen Dornen durchaus gefährlich sei – eine Anhaltung also gerechtfertigt. Laut Bundesgericht könne ein Medienmann, der an einer Demonstration «nicht ohne weiteres als Journalist erkennbar» sei, im Übrigen nicht unter Berufung auf Pressefreiheit «Sonderrechte» geltend machen. Zum Fall Rabe hiess es: «Ein gewisser P. B.» sei festgenommen worden – doch habe er nicht geltend gemacht, Reporter zu sein.

Brandflaschen, Benzinkanister

Die Polizei hatte 654 Personen kontrolliert und 84 abgeführt. Dass «nicht alle in friedlicher Absicht gekommen waren», zeigten auch diverse Sicherstellungen. So fand die Polizei etwa eine Batterie von sechs Molotow-Cocktails, zwei Kanister Benzin, eine Gasdruckpistole, eine Präzisionsschleuder, einen Signalstift samt Munition, zwei Baseballschläger, neun Schlagstöcke, zwei Hämmer, sieben Pfeffersprays und einen Tränengasspray. Dass dieses «harte Material» erst am Montag mitgeteilt wurde, findet wiederum David Böhner vom Demobündnis sehr verdächtig: «Das kommt mir italienisch vor», meinte er – auf Polizei-Mauscheleien in Genua 2001 anspielend. Dazu die Polizei: Das Material sei verstreut bei Detachementen gewesen, erst am Montag habe man Überblick gehabt. Fazit: Die Polizei beurteile ihren Einsatz «nach wie vor als auftragsgemäss, verhältnismässig und erfolgreich».

EXTRA

Das Spiel geht von vorne los

Der Gemeinderat hatte für letzten Samstag eine Demonstration mit Umzug verweigert, und die Tagung «Das andere Davos» war aus dem Proger verbannt worden. Aber nun soll beides doch noch erreicht werden – und zwar subito. Denn morgen Donnerstag Abend schon wollen WEF-Gegner demonstrierend durch die Stadt ziehen. Später soll im Proger ein Anlass stattfinden.

RGM und Wasserfallen im Visier

«Wir wollen eine Demo – wann wir wollen und wo wir wollen», erklärte David Böhner von der Anti-WTO-Koordination gestern an der Medienkonferenz. «Wir lassen uns nicht gefallen, wie mit uns umgesprungen wurde. Wir machen weiter.» Und so sei gestern ein weiteres Demonstrationsbewilligungsgesuch eingereicht worden, «und wir hoffen doch sehr, dass der rot-grüne Gemeinderat damit nun anders umgeht», sagt Böhner. Der Protestmarsch soll morgen um 18.15 Uhr vom Waisenhausplatz via Kornhausplatz vor das Rathaus ziehen, derweil drinnen der Stadtrat tagt – danach weiter zum Bundesplatz.

Und am 2. Februar will die Anti-WTO-Koordination, zusammen mit Attac und kirchlich Engagierten, im Proger eine WEF-kritische Veranstaltung abhalten. Damit soll laut Böhner nicht zuletzt Gemeinderat Kurt Wasserfallen (fdp) die Stirne geboten werden. Wasserfallen hatte bekanntlich als Finanzdirektor den Hinauswurf der Tagung verlangt, weil der Proger «nicht für Politik» da sei – was im Kontrast stand zur offiziellen Haltung der Direktion von Stadtpräsident Alexander Tschäppät (sp), gemäss der die Tagung keinesfalls aus inhaltlichen Gründen, sondern allein «aus Sicherheitsgründen» ausgeladen und in die Dampfzentrale verlegt wurde (vgl. «Bund» vom 18. 1.).

Die Stadtpolizei Bern bestätigte den Eingang des Gesuches für die Demonstration. Für heute sei eine Verhandlungsrunde mit Bündnis-Vertreter Daniele Jenni geplant, erklärte Stapo-Infochef Franz Märki.

Hayoz: Keine Gemeinderatssache

Weder Märki noch Polizeidirektorin Barbara Hayoz (fdp) wollten sich auf Nachfrage zu den Chancen des Demogesuchs äussern. Hayoz sagte indes, dass das Gesuch heute im Gemeinderat kein Thema sei – es sei Zeit, zum «normalen Niveau» zurückzukehren; zuständig für die Bewilligung ist also die Polizei. (rg)